

1 **Beschluss C5: Stärkung unserer kommunalen Unternehmen**

2
3 Der SPD-Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

4
5 Die SPD Dortmund steht für die Bestand und die Weiterentwicklung der kommunalen
6 Daseinsvorsorge. Alle Bürger/innen unserer Stadt haben den Anspruch darauf, dass
7 diese notwendigen Leistungen der Kommune jenseits von reinen Kapitalverwer-
8 tungsinteressen für sie erbracht werden. Ebenso stehen wir dazu, dass die Beschäf-
9 tigten des kommunalen Unternehmensverbundes einen sicheren, ihren Leistungen
10 entsprechend entlohnten Arbeitsplatz haben. Gerade diesen hochmotivierten und
11 hochproduktiven Mitarbeitern/innen verdanken wir den Erfolg dieser Betriebe.

12
13 Die Unternehmen der Stadt Dortmund sind leistungsfähig. Sie erbringen ihre Dienst-
14 leistungen zu Marktbedingungen und brauchen keinen Vergleich mit der sogenann-
15 ten Privatwirtschaft scheuen.

16
17 Spätestens seit der Krise an den Finanzmärkten, die nun vermehrt auch auf die
18 Realwirtschaft überschwappt wird deutlich, dass die These einiger konservativer
19 Kräfte „Privat vor Staat“ endgültig in die Klamottenkiste gehört. Die von der
20 FDP/CDU Landesregierung betriebene Zerschlagung der kommunalen Unternehmen
21 durch die Veränderung des § 107 der Gemeindeordnung NRW ist nicht nur wettbe-
22 werbsrechtlich absurd, sondern entpuppt sich in Wahrheit als bürgerfeindlich.

23
24 Viele Kommunen, die in der Vergangenheit ihre Beteiligungen an Privatfirmen ver-
25 kauft haben, klagen heute über mangelnden Bürgerservice beim ÖPNV, bei dem
26 Betrieb von Krankenhäusern, bei der Abfallwirtschaft und andern Sparten der Da-
27 seinsvorsorge. Der Verkauf von Energiedienstleistungen fördert die marktwirtschaft-
28 lich unsinnige Konzentration auf wenige Anbieter.

29 Die dabei erzielten Verkaufserlöse sind längst ausgegeben, die Schulden haben
30 sich, wie am Beispiel der Landeshauptstadt Düsseldorf zu beobachten, längst wieder
31 in alter Höhe aufgetürmt. Die Zeche zahlt einmal mehr der Steuer- und Gebühren-
32 zahler. Wir fordern die kommende sozialdemokratisch geführte Landesregierung auf,
33 die Änderung des § 107 der GO NRW umgehend zurückzunehmen!

34
35 Die SPD Dortmund stellt fest, dass es mit ihr keine Privatisierung städtischer Unter-
36 nehmen der Daseinsvorsorge gibt! Stattdessen wollen wir im Rahmen einer Zu-
37 kunftsdebatte die Chancen dieser Betriebe neu bewerten.

38
39 Die städtischen Betriebe sind eine Erfolgsmodell. Dennoch gibt es an manchen
40 Stellen Handlungsbedarf. Dazu gehört das Klinikum Dortmund. Gegen die Meinung
41 der FDP und ihres OB-Kandidaten, die blindlings der Privatisierung das Wort reden,
42 bestehen wir Sozialdemokraten darauf, das Klinikum Dortmund auch weiter unter
43 kommunaler Trägerschaft zu betreiben.

44 Trotz des für NRW ungünstigen Fallpauschalensystems und der Benachteiligungen
45 des Klinikums durch die NRW Landesregierung machen uns die Erfolge der letzten
46 Monate sicher, dass wir gemeinsam mit den dort Beschäftigten die Restrukturierung
47 des Klinikums Dortmund schaffen werden. Allein die Verbesserung des
48 Betriebsergebnisses um fünf Millionen Euro im Geschäftsjahr 2008 macht deutlich,
49 dass der von der SPD beschrittene Weg richtig und erfolgreich sein wird.

50 Die Sozialdemokraten stehen für ein Haus der Maximalversorgung für alle Bürgerin-
51 nen und Bürger in dieser Stadt!

52

1 Die EDG hat bewiesen, dass kommunale Entsorgungsunternehmen nicht nur erfolg-
2 reich und preiswert arbeiten können, sondern auch in der Lage sind, eine ökologi-
3 sche Abfallwirtschaft zu betreiben. Dabei hat sich die Kooperation der EDG mit
4 kommunalen Unternehmen in der Region als richtig erwiesen. Die gemeinsamen
5 Beteiligungen an der MVA Hamm, Hagen und Iserlohn machen deutlich, dass grö-
6 ßere kommunale Verbände ebensolche Skaleneffekte erzielen können, wie es sonst
7 nur Großunternehmen können.

8
9 Trotz aller Unkenrufe der konservativen Kräfte stellt sich der Kauf der Gelsenwasser
10 AG gemeinsam mit der Stadt Bochum als richtig heraus. Diese Form der
11 interkommunalen Zusammenarbeit verdient die besondere Beachtung.

12
13 Dies wird auch bei der Frage um die weitere Zukunft der DEW 21 zu beachten sein.
14 In diesem Unternehmen steht die Beteiligung der RWE mit derzeit 47,5 % im Jahre
15 2014 auf dem Prüfstand.

16 Die Dortmunder SPD hat sich durch verschiedene Beschlüsse die Aufgabe gemacht,
17 Dortmund zu einer Klimastadt mit Vorbildcharakter umzubauen. Im Bereich der
18 Energiewirtschaft sind große Veränderungen zu erwarten. Nicht nur die
19 Versorgungssicherheit und die Energiekosten werden zukünftig eine wichtige Rolle
20 spielen, sondern auch die Frage, wie die Energie erzeugt wird.

21
22 Die Sicherung der Energieversorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge.
23 Städtische Energieunternehmen wie die DEW21 bieten einer Kommune die
24 Möglichkeit, unter demokratischer Kontrolle die Prioritätensetzung bei den
25 Unternehmenszielen - wie beispielsweise ökonomischer Erfolg, Umweltschutz und
26 soziale Entwicklung - zu steuern. Diese Mitwirkungsmöglichkeit bringt auch einen
27 erheblichen regionalwirtschaftlichen Vorteil mit sich. Die Kommune kann dem
28 kommunalen Unternehmen eigene, zum Beispiel langfristige Ziele vorgeben,
29 Aufträge an das örtliche Handwerk vergeben und somit besser zum Erhalt von
30 Arbeitsplätzen in der Region beitragen als ein privates Energieunternehmen. Auch
31 die ökonomischen Ziele der kommunalen Energieversorgung müssen sich nicht an
32 den überzogenen Renditezielen der Privatwirtschaft messen lassen. Eine wichtige
33 politische Entscheidung bei der Ausgestaltung der Energieversorgung ist Wahl des
34 Energieträgers. Als Dortmunder Sozialdemokraten wollen wir auf gefährliche
35 Energiearten wie Atomenergie verzichten. Wir bauen auf eine Energieversorgung,
36 die weniger auf fossile und immer mehr auf Erneuerbare Energien setzt. Städte und
37 Regionen, die schon heute eine hohe Kompetenz im Bereich der regenerativen
38 Energien haben, sind anderen gegenüber im Vorteil.

39
40 Ein kommunales Unternehmen wie die DEW21 muss somit in der Lage sein, die
41 Energie-Bedürfnisse der Menschen in Dortmund kostengünstig, sozial und
42 umweltschonend zu befriedigen. Ein Unternehmen unter kommunaler Trägerschaft
43 ist besser in der Lage, wirtschaftliche Stabilität, Umweltverträglichkeit und soziale
44 Ziele miteinander zu verbinden. Wir brauchen eine starke DEW21, bei der die
45 kommunale Einflussnahme möglichst groß ist. Dies ist unter den derzeitigen
46 Beteiligungsverhältnissen (fast 50%-Beteiligung der RWE) schwer möglich. Unser
47 Ziel ist es daher, den Einfluss der Kommune auf das städtische Energieunternehmen
48 DEW21 zu erweitern. Wir werden prüfen, ob dieses Ziel in einer gleichen Absichten
49 verpflichteten interkommunalen Kooperation gelingen kann.

50
51 Der Unterbezirk wird eine Kommission einsetzen, die sich explizit mit diesen Fragen
52 beschäftigt und Möglichkeiten einer verstärkten kommunalen Beteiligung bei der
53 DEW21 ausarbeitet.